

ANTWORTEN DER LINKEN

Die Original-Antworten der Linken (Die Linke) auf unsere fünf Fragen – im Wortlaut, ungekürzt.
(Anm.: Hervorhebungen durch Fettdruck stammen von der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg, nicht von der Partei.)

FRAGE 1/5 · JUSTIZ & POLIZEI

VERBRECHER JAGEN MIT KI?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Justiz und Strafverfolgung arbeiten zunehmend mit automatisierten Datenanalysen und KI-Software.

- a) **Welche konkreten KI-Anwendungen wollen Sie in der Strafverfolgung (Polizei und Justiz) einsetzen? Schließen Sie bestimmte Anwendungen ausdrücklich aus?**
- b) **Wie wollen Sie dabei Transparenz und die Rechte unbeteiligter Dritter schützen?**

Die Linke

Die Linke

Justiz und Strafverfolgung arbeiten zunehmend mit automatisierten Datenanalysen und KI-Software.

- a) **Welche konkreten KI-Anwendungen wollen Sie in der Strafverfolgung (Polizei und Justiz) einsetzen? Schließen Sie bestimmte Anwendungen ausdrücklich aus?**

Die Linke Berlin: Am besten keine. Wenn überhaupt, dann ältere und gut durchgetestete Systeme zur Mustererkennung und/oder Suche in beschlagnahmten Datensätzen ohne Verknüpfung zu polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystemen wie beispielsweise IBM Watson.

Polizeiliche Vorgangs- und Fallbearbeitungssysteme sowie Informationssysteme beinhalten

viele, sensible Daten. KI-Software soll diese „analysieren“. Das bedeutet, neue, bisher nicht sichtbare Zusammenhänge sollen dargestellt werden können. Dabei bestehen viele Risiken, die aktuellen KI-Anwendungen inhärent sind: Starke Fehleranfälligkeit (Halluzinationen), Verstärkung der in den Trainingsdaten enthaltenen Vorurteile (Bias) sowie fehlende Nachvollziehbarkeit und Reproduzierbarkeit der Ergebnisse. Diese Risiken wiegen zu schwer, als dass daneben noch eine Rechtfertigung für den KI-Einsatz gegeben ist.

Darüber hinaus sind auch die aktuell in immer mehr Polizeigesetzen der Länder (auch dem Berliner ASOG) geschaffenen Eingriffsgrundlagen für die KI-Analyse von bereits vorhandenen Polizei-Daten möglicherweise nicht mit der DSGVO in Einklang zu bringen, da es sich um eine zweckändernde Nutzung handelt.

b) Wie wollen Sie dabei Transparenz und die Rechte unbeteiligter Dritter schützen?

Die Linke Berlin: Indem wir keine KI-Anwendungen einsetzen. Wenn, dann muss der Betrieb innerhalb der Anforderungen der KI VO und DSGVO (bzw. JI-RL) erfolgen.

BELEBTE PLÄTZE, (UN)SICHERE PLÄTZE?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie an belebten und beliebten öffentlichen Plätzen, die oft auch „kriminalitätsbelastete Orte“ (kbO) sind, die Sicherheit erhöhen?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Maßnahmen und begründen diese.

Die Linke

Die Linke

Die Linke Berlin: Wir lehnen das Konzept eines „kriminalitätsbelasteten Ortes“ als Grundlage für polizeiliche Befugnisse ab. An sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten darf die Polizei ohne Angabe eines Grundes Personen anhalten, deren Identität überprüfen und sie durchsuchen. Dies führt zu Polizeikontrollen aufgrund äußerlicher und unveränderlicher persönlicher Merkmale und kann zu – auch unbewusstem – racial profiling führen. Polizeiliche Eingriffe müssen an das Verhalten einer Person geknüpft werden können und gegenüber den Betroffenen begründet und dokumentiert werden.

Wir wollen Kriminalität grundsätzlich eher durch Prävention als Repression begegnen.

1. Aufsuchende Sozialarbeit und Suchthilfe

Gezielte und jeweils angepasste Unterstützung von Personengruppen mit erhöhtem Kriminalitätsrisiko halten wir für wirksamer als Strafverfolgung.

2. Städtebauliche Kriminalprävention

Durch die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Abschaffung von Angsträumen können Tatgelegenheiten reduziert werden.

3. Mehr Polizei auf der Straße

Anders als Videokameras können Menschen auf der Straße Straftaten verhindern. Hierzu wollen wir an Orten mit erhöhter Kriminalität mehr sichtbare und ansprechbare Polizei, die unmittelbar einschreiten kann.

WELCHES POLIZEIGESETZ BRAUCHT BERLIN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

Wo sehen Sie nach der umfassenden Novelle des ASOG 2025 dringenden Reformbedarf?

Bitte nennen Sie die drei wichtigsten Gesetzesänderungen und begründen diese.

Die Linke

Die Linke

Die Linke Berlin: Wir sehen den dringenden Bedarf, die Eingriffsbefugnisse der Berliner Polizei wieder auf ein grundrechtsschonendes Maß zu reduzieren.

1. Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung müssen wieder abgeschafft werden.

§§ 26a und 16b ASOG setzen zwingend voraus, dass Sicherheitslücken in informationstechnischen Systemen ausgenutzt werden. Damit diese Möglichkeiten bestehen, müssen entdeckte Sicherheitslücken offen gehalten werden. Diese nicht geschlossenen Sicherheitslücken gefährden die Sicherheit aller informationstechnischen Systeme; ein prominentes Beispiel hierfür war der Trojaner Wannacry, der auf der Sicherheitslücke Eternal Blue beruhte.

2. kbOs abschaffen

Aus den bereits ausgeführten Gründen wollen wir kbOs abschaffen und wollen darüber hinaus eine Kontrollquittung einführen. Mit dieser soll die Polizei den Betroffenen eine Begründung nennen und somit die einzelne Maßnahme einfacher überprüfbar machen.

3. KI-Einsatz abschaffen

Die Vorschriften zum Einsatz sog. Künstlicher Intelligenz wollen wir aus den oben genannten Gründen wieder abschaffen.

VERFASSUNGSSCHUTZ ABSCHAFFEN?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Berliner Verfassungsschutzes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort.
- b) Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

Die Linke

Die Linke

- a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Berliner Verfassungsschutzes?

Bitte begründen Sie Ihre Antwort.

Die Linke Berlin: Ja. Der Verfassungsschutz ist eine intransparent und geheim arbeitende Behörde und entzieht sich demokratischer Kontrolle. Nicht einmal eine unabhängige Bewertung der Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist möglich. Die durch den Verfassungsschutz erfolgenden Grundrechtseingriffe können folglich nicht auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden.

- b) Welche konkreten Maßnahmen zur Stärkung der parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

Die Linke Berlin: Wir wollen in erster Linie, die nicht kontrollierbaren Grundrechtseingriffe des Verfassungsschutzes beschränken. Der Verfassungsschutz muss mindestens kumuliert über die durchgeführten Überwachungsmaßnahmen und deren Wirksamkeit berichten.

BESSERES LEBEN IM GEFÄNGNIS?

UNSERE FRAGE AN DIE PARTEIEN

- a) Sind Sie für eine Aufhebung der Strafantragspflicht im Berliner Vollzugsvertrag in der nächsten Legislaturperiode?
- b) Was sind Ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und zur Resozialisierung?

Die Linke

Die Linke

- a) Sind Sie für eine Aufhebung der Strafantragspflicht im Berliner Verkehrsvertrag in der nächsten Legislaturperiode?

Die Linke Berlin: Ja. Dies ist ein erster Schritt in Richtung Entkriminalisierung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein. Zum einen ist Fahren ohne Fahrschein meistens klassische Armutskriminalität, zum anderen ist der Unrechtsgehalt der bloßen Nutzung von Verkehrsmitteln ohne Täuschung oder Überwindung von Barrieren nicht so groß, dass er strafrechtliche Verfolgung rechtfertigt.

- b) Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und zur Resozialisierung?

Die Linke Berlin:

1. Verbesserung der Vollzugsbedingungen

Wir wollen, dass Gefangene schon in der Haft so weit wie möglich durch Angleichung der Bedingungen an diejenigen außerhalb der Haft auf die Entlassung vorbereitet werden. Dazu gehört die Teilhabe an der Digitalen Welt und eine Verbesserung der Sport- und Kulturangebote. Eine besondere Rolle spielt die Arbeit in Haft: Diese muss in einem sozialversicherungspflichtigen Umfang entlohnt werden und dadurch wird auch das Risiko gesenkt, dass Gefangene mit hohen Schulden entlassen werden.

2. Verbesserung des Übergangsmanagements

Viele notwendige Angebote zur konkreten Vorbereitung auf die Entlassung (z.B. Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Suchtberatung) werden durch externe Träger wahrgenommen. Der schwarz-rote Senat hat diese Angebote empfindlich gekürzt. Wir wollen diese Kürzungen mindestens rückgängig machen, so dass idealerweise niemand

in die Arbeits- oder Obdachlosigkeit entlassen wird.

3. Personalpflege

Das Personal im Justizvollzug leistet sehr verantwortungsvolle Arbeit und ist essentiell für erfolgreiche Resozialisierung. Wir wollen die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Dazu wollen wir die Angebote zur Weiterbildung und Supervision ausbauen und die Entlohnung auf ein der Verantwortung angemessenes Maß anheben sowie eine gehobene Justizlaufbahn einführen. Darüber hinaus erkennen wir den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Mitwirkung Externer (siehe 2.) und der Arbeitsbelastung für die Bediensteten, so dass wir die Kürzungen auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zurücknehmen werden.

Die Antworten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD – sind ein Teil der Wahlprüfsteine der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union Berlin-Brandenburg.

Alle Parteiantworten, die Positionen der HU dazu und Informationen über unsere Veranstaltungen im Wahlkampf finden Sie hier: www.wahl26.berlin

Weitere Informationen über die HU Berlin-Brandenburg finden Sie hier: berlin.humanistische-union.de

Politische Arbeit kostet Geld. Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Unsere Bankverbindung:

Konto IBAN: DE23370205000003074230

BIC: BFSWDE33XXX (SozialBank)